

# Liberalismuskonversation in der DDR. Eine wissenschaftshistorische Erinnerung

Wilma Ruth Albrecht

## *Vorbemerkung*

Der folgende Text ist ein Kapitel Fachgeschichte. Es geht um die quellenbezogene und insofern ad-fontes-Erinnerung an eine (fach)wissenschaftliche Diskussion von Historikern in den 1960er-Jahren. Diese DDR-Historikerdebatte begann 1962 und dauerte einige Jahre. Im Ergebnis ging es um die gleichermaßen historische wie ideologiekritische Kennzeichnung des „fiktiven“ gesellschaftlichen Charakters des politischen Liberalismus im Deutschland der „imperialistischen Periode“.

Die hier dokumentierte fachöffentliche Debatte war aus heutiger Sicht weder „pluralistisch“ noch „totalitär“. Sondern – nicht zuletzt weil sie ergebnisoffen war – eher etwas Drittes zwischen diesen Antipoden. Dieses Tertium wird hier en détail und unter bewusstem Verzicht auf spätere, vor allem nach dem staatlichen Ende der DDR in den letzten zwanzig Jahren erschienene, Veröffentlichungen rekonstruiert. Der richtungsweisende Charakter der Liberalismus-Debatte wurde bereits zeitnah nach ihrem vorläufigen Abschluss erkannt und als Annäherungsschritt an „ein sehr hohes Maß wissenschaftlicher Freiheit“ gewertet, weil, wie es Ernst Richert formulierte, „man nun nicht mehr von vornherein feststellen kann, was aus den Analysen herauskommt“.<sup>1</sup>

## *1. Die Entstehung der Liberalismuskonversation und die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“*

Besagte wissenschaftliche Liberalismuskonversation fand innerhalb der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“ statt. Diese Arbeitsgemeinschaft konstituierte sich am 9. März 1962 und hielt gleichzeitig ihre Gründungsversammlung ab. Schon ein Jahr zuvor war das Historische Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Leitinstitut für die Erforschung der bürgerlichen Parteien im engen Zusammenhang mit dem Geschichtsinstitut der

---

1 Ernst Richert: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED, Berlin 1967, S.225.

Akademie der Wissenschaften (Berlin) ausgewählt und dem Direktor des Jenaer Instituts Dieter Fricke<sup>2</sup> die Leitung des Forschungsvorhabens und der Arbeitsgemeinschaft übertragen worden. Mit deren Konstituierung wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen zum ersten Mal systematisch angegangen.<sup>3</sup>

- Die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“ setzte sich zusammen aus:
- Wissenschaftlern, wobei außer Historikern auch Soziologen und Psychologen zur interdisziplinären Forschung herangezogen wurden,
- Parteipolitikern von Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands (SED), Christlich-Demokratischer Union (CDU), National-Demokratischer Partei Deutschlands (NDPD) und Liberal-Demokratischer Partei Deutschlands (LDPD) und Gästen des sozialistischen Auslandes.

---

2 Dieter Fricke (\*1927) wissenschaftlicher Aufstieg begann 1957, als ihm die Position des Chefredakteurs der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (ZfG) übertragen wurde, nachdem Fritz Klein (1924-2011) und Joachim Streisand (1920-1980) ihrer Funktion innerhalb des Redaktionskollektivs enthoben worden waren. Den Hintergrund dieses Positionswechsels bildete die Auseinandersetzung um Aufsätze von Jürgen Kuczynski (1904-1997), die in der ZfG veröffentlicht worden waren. Darin wurde Kritik an der dogmatischen Behandlung des historischen und dialektischen Materialismus geübt, und es wurden Elemente von Ernst Bloch und Georg Lukács' massentheoretischen Ansätzen aufgenommen. In dieser Auseinandersetzung wurde Kuczynski von Klein und Streisand unterstützt. Klein wurde als Chefredakteur der ZfG abgelöst, weil er Kuczynskis und Streisands Aufsätze unter Umgehung des Redaktionskollektivs veröffentlicht hatte. Siehe Richert, Sozialistische Universität, S.154ff.; Gustav Seeber: Gründungstagung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“, in: ZfG, 1962, H. 5, S.1151-1157; Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln 2001, S.131ff.

3 Was nicht besagen soll, dass nicht schon vorher Literatur zum Liberalismus, zu liberalen Parteien und Parteipolitikern veröffentlicht wurde, wie z. B. Rudi Müller: Die Stellung der liberalen Parteien im Deutschen Reichstag zu den Fragen der Arbeiterversicherung und des Arbeitsschutzes bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Phil. Diss., Jena 1952; Kurt Winter: Rudolf Virchow und die Revolution von 1848, in: ZfG, 1954, H. 6, S.844-865; Robert Naumann: Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien und sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1957; Gertrud Theodor: Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte des frühdeutschen Imperialismus, Berlin 1957. Zu letzterem die Besprechung von Horst Büttner in ZfG, 1959, H. 1, S.174-180; Ladislaus Farkas: Virchow und der Marxismus, in: Friedrich Jung u. a. (Hrsg.): Arzt und Philosophie. Humanismus, Erkenntnis, Praxis, Berlin 1961, S.205-207; Rolf Weber: Kleinbürgerliche Demokraten in der Deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Berlin 1962, hierzu die Besprechung von Gustav Seeber in: ZfG, 1964, H. 2, S.336f.

Die Themenwahl ergab sich zum einen pragmatisch: Nach absehbarem Abschluss der Arbeiten an der Geschichte der Arbeiterbewegung sollte ein neues Forschungsfeld bearbeitet werden. Zum anderen erfolgte die Themenwahl aus methodischen Gründen: Der dialektische Materialismus erfordert die Behandlung beider antagonistischer Kräfte einer Gesellschaftsformation, d. h. neben der Erforschung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auch die der Bourgeoisie: „Die bürgerlichen Parteien und Organisationen muß jeder beachten, der auf dem Gebiet der neuen und neuesten Geschichte forscht und lehrt. Erst die Kenntnis ihrer Entwicklung und ihrer Rolle ermöglicht es, vor allem auf der Grundlage der Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die komplizierte Dialektik des Kampfes zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften in der Vergangenheit des deutschen Volkes zu verstehen und die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Parteien und Parteiensystemen zu erkennen, die gegenwärtig in den beiden deutschen Staaten existieren“, schrieb Dieter Fricke.<sup>4</sup> Des weiteren wirkten ideologische Zwänge. Die wissenschaftliche Analyse der bürgerlichen Parteien und Organisationen und deren Funktionen sollte das bestehende Gesellschaftssystem in der DDR legitimieren, auch um den Identifizierungsgrad der Bevölkerung mit dem sozialistischen System zu erhöhen. „Erst die entsprechende Berücksichtigung der Geschichte der bürgerlichen Parteien ermöglicht es, die Vergangenheit zu bewältigen und ein sozialistisch nationales Geschichtsbild auszuarbeiten, in dem die ganze Dialektik des Kampfes zwischen den reaktionären und den fortschrittlichen Kräften in der Vergangenheit des deutschen Volkes sichtbar wird.“<sup>5</sup> Nicht zuletzt standen politisch-taktische bzw. praktische Fragen an. Durch die wissenschaftliche Arbeit zu den bürgerlichen Parteien sollten Anweisungen für praktisches Handeln, d.h. für die Politik, insbesondere gegenüber der BRD, gewonnen werden. „Die Orientierung der DDR-Historiker auf die fortschrittlichen Traditionen in der Geschichte der bürgerlichen Parteien kann und muß bei der weiteren Festigung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der DDR und bei der Förderung des Prozesses

---

4 Dieter Fricke: Vorwort, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. 2 Bde., hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Berlin 1968, Bd. 1, S.V.

5 Ders.: Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland (im folgenden zitiert als: Lebensfragen), in: ZfG, 1963, H. 1, S.29-77, hier S.29f.; siehe auch ders.: Methodologische Probleme der Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1965, H. 2, S.189-208, hier S.190.

des Umdenkens, der in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung eingesetzt hat, eine besondere Rolle spielen.“<sup>6</sup>

Zunächst ging es um zweierlei: „Da war erstens die Diskussion grundlegender Probleme der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen. So wurden auf der Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft u. a. folgende Fragen diskutiert: Welche wissenschaftliche und politische Bedeutung besitzt die Erforschung der bürgerlichen Parteien? Wie muß eine klassenmäßige Analyse der bürgerlichen Parteien erfolgen, und welche Probleme ergeben sich dabei? Wie sind das Zentrum und seine Rolle als führende Partei des deutschen Monopolkapitals einzuschätzen? Welchen Einfluß haben die bürgerlichen Parteien auf die Volksmassen ausgeübt, und wie haben sie ihn zu erhalten und auszubauen versucht? Welche wesentlichen progressiven Traditionen kommen in der Geschichte der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck? Wodurch wird vor allem die antinationale Politik der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet? [...] Zweitens orientierten sie sich auf die kollektive Erarbeitung eines größeren Publikationsvorhabens.“<sup>7</sup>

Die Implikationen der Themenwahl konstituierten auch die Schwerpunkte, auf die bei der Bearbeitung des Forschungsfeldes geachtet werden sollte. Die Arbeitsgemeinschaft hatte „die antinationale Rolle der Bourgeoisie und der Junker zu entlarven und damit allen demokratischen Kräften, die auch heute noch in Deutschland wirksam sind und ihre Stellung festigen, eine Hilfe zu geben. Dabei bedarf es besonders der Herausarbeitung aller wirklich progressiven Traditionen der deutschen Parteigeschichte. Diese Seite der Forschung wird auch unmittelbar zur moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der DDR beitragen, bilden diese Traditionen doch eine der Grundlagen für die Politik der Blockparteien.“<sup>8</sup> Demnach sollten primär Probleme, die in der Kolloquiumsarbeit auftraten, bearbeitet werden: Es ging dabei um die Haltung der bürgerlichen Parteien zum Militarismus, ihren Kampf um die Demokratie und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zum Sozialismus. Praktisches Ergebnis des Forschungsprogramms sollte die Erarbeitung eines Handbuchs sein. Diese Aufgabe wurde jedoch erst 1964 aktuell, obwohl sich das Autorenkollektiv schon am 4. Juni 1963 konstituiert hatte.<sup>9</sup>

---

6 Fricke, Lebensfragen, S.34.

7 Ders.: Forschungen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970: Analysen und Berichte, Berlin 1970, S.258.

8 Seeber, Gründungstagung, S. 155.

9 Siehe Manfred Weißbecker: Zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart“, in: ZfG, 1964, H. 7, S.1228f.

An diesem Handbuch, dessen erster Band 1968 und dessen zweiter 1969/70 verlegt wurde, arbeiteten fünfundsechzig Historiker, Vertreter der Blockparteien sowie zwanzig Geschichtslehrer und Studenten mit. Es wurde also versucht, die Erarbeitung und die Vermittlung eines wissenschaftlichen Problems nicht nur kollektiv, sondern auch von unterschiedlichen Seiten her anzugehen. Das Vorhaben nahm also gewissermaßen das wissenschaftlich-produktive Studium, wie es in dem Beschluss des Staatsrates der DDR „Die Weiterführung der dritten Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“ vom 3. April 1969 festgelegt wurde, vorweg.

Der dialektische und historische Materialismus als der theoretische und methodische Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Behandlung der bürgerlichen Parteien erfolgen sollte, wurde schon auf der Gründungstagung der Arbeitsgemeinschaft abgeklärt.

Allgemein akzeptiert wurde die Determinierung der Partei durch die Klasse und zwar in Anlehnung an Lenin: „Der vollendetste, stärkste und klarste Ausdruck des politischen Kampfes der Klassen ist der Kampf der Parteien.“<sup>10</sup>

Fricke nahm schon früh diesen Definitionsansatz auf,<sup>11</sup> indem er betonte, „daß die grundlegenden Interessen der verschiedenen Klassen und Klassengruppierungen das Wesen und die Funktion der Parteien bestimmen“. Zugleich versuchte er aber auch, diese sehr weite Formel mit dem Hinweis im Brief Engels‘ an Mehring vom 14.7.1893 zu relativieren: „Das Wesen der einzelnen Parteien werde zwar ohne Zweifel primär von der Basis, den Produktionsverhältnissen, bestimmt, aber die Wechselbeziehung zwischen Basis und Überbau, zwischen Ideologie und politischer Praxis muß in seiner ganzen Vielfältigkeit gesehen werden.“<sup>12</sup> Vielfältigkeit bestimmte sich für Fricke in Organisationsformen, Ideologien und Persönlichkeiten. Gegen eine mögliche Verselbstständigung dieser Faktoren bei der wissenschaftlichen Behandlung wandte sich der Protokollant Gustav Seeber, indem er, an Fricke Ausführungen anknüpfend, betonte: „Trotzdem soll

10 W. I. Lenin: Sozialdemokratische Partei und parteiloser Revisionismus, in: Ders.: Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S.65. „Um die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, muß man die Parteien auf die Klassen zurückführen.“; ders.: Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, in: Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S.221.

11 „Ihr Wesen und ihre Politik [der Parteien, WRA] werden durch die Interessen der Klassen und Klassengruppierungen bestimmt, die sie jeweils vertreten. Das heißt also: Die Gliederung der politischen Parteien entspricht im Großen gesehen der Klassengliederung der bürgerlichen Gesellschaft, die den ‚tiefsten Grund der politischen Gruppierungen‘ darstellt und sie, wie Lenin hervorhebt, ‚letzten Endes immer‘ bestimmt.“ Fricke, Lebensfragen, S.49.

12 Zit. nach: Seeber, Gründungstagung, S.1154.

m. E. gerade das Problem der sozialen Grundlage einer Partei nicht unterschätzt werden. Die Untersuchung der einzelnen Führungsgruppen, der parlamentarischen Vertretungen, der Mitglieder und der Wähler einer Partei in dieser Hinsicht deckt immerhin wichtige Prinzipien und Methoden der Klassenpolitik auf.“<sup>13</sup>

Damit war ein Problemkreis angesprochen, um den es in der DDR-Historiografie, so auch in der Liberalismuskonzeption, hauptsächlich ging: die Frage nach dem subjektiven Faktor in der Geschichte bzw. dem Grad der Verselbstständigung von Ideen und Organisationsformen gegenüber den Produktionsverhältnissen, nach der Beziehung von Ökonomie und Politik sowie der Wechselwirkung zwischen Strategie und Taktik der herrschenden Klasse.

Die Abgrenzungsproblematik dieser Faktoren oder die Verhältnisbestimmung spielt auch für die Parteidefinition eine Rolle: Wird „Partei“ zu eng kausalistisch-ökonomisch definiert, erfährt der Aktionsraum für die parteiliche Praxis eine „fatalistische“ Beschränkung. Wird jede bürgerliche Partei und Organisation als Instrument von Kapitalisten angesehen, dann finden bestimmte historische Erscheinungen im Parteienleben keine Erklärung, dann lässt sich keine Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit anderen Interessenorganen und Volksschichten entwickeln.

Die vorausgehenden Ausführungen lassen erkennen, dass die allgemeine Bestimmung von Partei durch die Klasse einen großen Spielraum für differenzierte Auffassungen, selbst konträre, zulässt. Nicht zuletzt, um solche Auffassungen zu erfassen und zu problematisieren, wurde vom 9. bis 11. November 1964 eine weitere Konferenz zum Thema bürgerliche Parteien durchgeführt, die sich hauptsächlich methodologischen Problemen der Parteiengeschichtsschreibung widmete. Hauptreferent war wiederum Fricke.<sup>14</sup> Er sprach über „Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer Interessensorganisationen in Deutschland von den Anfängen bis 1945. Methodologische Probleme ihrer Erforschung und Darstellung“.<sup>15</sup> Wesentlich waren hier die angeführten Bestimmungselemente zum Eigenleben bürgerlicher Parteien, die Inkongruenz von Partei und Klasse, die parteiinternen Auseinandersetzungen und der Parlamentarismus. Die Eigenständigkeit der Parteien ergäbe sich: „a) aus der Tatsache, daß Parteien und Klassen nicht miteinander zu identifizieren sind; b) aus der Vorherrschaft bzw. dem Kampf zwischen einzelnen Gruppen oder Ein-

---

13 Ebenda.

14 Siehe Gerhard Becker u. a.: Konferenz über die Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG, 1965, H. 2, S.296

15 Überarbeitet abgedruckt in: ZfG, 1965, H. 2, S.189-208.

zelpersönlichkeiten in der jeweiligen Partei, die das Interesse einer bestimmten Fraktion innerhalb der Bourgeoisie vertreten; c) aus solchen Klassen- und Interessengegensätzen, wie die zwischen der monopolistischen Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum, die die Kräfte zwischen den bürgerlichen Parteien direkt und indirekt beeinflussen; d) aus dem Kampf um Wähler und Mitglieder, Parlamentssitze und entscheidende Regierungsämter, aber auch um den größtmöglichen Anteil an der Parteienfinanzierung.“<sup>16</sup>

Damit versuchte Fricke, sich von Positionen, die sozialpsychologische Faktoren bei der Parteibestimmung stärker berücksichtigt sehen wollten, abzugrenzen. So plädierte Alfred Schröter (Berlin), unterstützt durch Rolf Sonnemann (Halle), dafür zu untersuchen, „durch welche anderen Faktoren als nur ökonomische, z. B. Familienbeziehungen, religiöse Bindungen usw., Gruppierungen im Monopolkapital entstehen“.<sup>17</sup> Daraufhin entwickelte sich eine Diskussion, deren Ergebnis allerdings offen blieb. Fricke nahm hierzu in seinem überarbeiteten Referat Stellung: „Die Sozialpsychologie kann uns grundlegende Einblicke in die Methoden der imperialistischen Massenbeeinflussung und in die Funktion der bürgerlichen Parteien und Verbände als ‚Zwischenfilter‘ vermitteln [...] Die marxistische Sozialpsychologie kann aber nicht für die Erforschung der *gesamten* subjektiven Seite der gesellschaftlichen Beziehungen und Prozesse verantwortlich gemacht werden. Es geht um die Frage, welche gesellschaftlichen Faktoren als psychische anzusehen sind und mit welchen Methoden sie unterstützt werden. Diese Frage haben wir im Bereich unseres Forschungsgegenstandes noch nicht bzw. erst unbefriedigend beantwortet.“<sup>18</sup>

Auch Herbert Schwab (Jena) versuchte 1964 eine organisationssoziologische Bestimmung von Partei. Er bestimmte als Charakteristikum von Parteien beim Übergang zum Imperialismus ihre Entwicklung von „parlamentarisch orientierten Wählerparteien mit Komiteecharakter“ vor 1890 zur „parlamentarisch orientierten Mitgliederparteien“.<sup>19</sup>

Man kann jedoch feststellen, dass in der wissenschaftlichen Literatur nach 1965 die Leninsche Parteidefinition dominierte. Bei der Klärung von Definitionsfragen hinsichtlich des Parteibegriffes ging es auch um Methodenfragen, speziell die Weiterentwicklung des historischen und dialektischen Materialismus in den Gesellschaftswissenschaften.<sup>20</sup>

---

16 Fricke, Methodologische Probleme, S.207.

17 Zit. nach: Becker u.a., Konferenz, S.296-302.

18 Zit. nach: ebenda, S.300.

19 Zit. nach: ebenda.

20 Siehe hierzu Gerhard Becker: Tagung der Sektion Geschichte zu methodologischen Problemen der Geschichtswissenschaft, in: ZfG, 1965, H. 3, hier S.496f. Sie mündete in eine

Von den vorausgehenden Ausführungen lässt sich nur analytisch der folgende Komplex trennen. Trat zu Beginn der wissenschaftlichen Arbeit um bürgerliche Parteien ein stark pragmatischer Zug in den Vordergrund, der dazu führte, dass die Parteienforschung zu stark auf die Praxis und die Gegenwartrelevanz gerichtet war, so nahm diese Tendenz, die auch methodologische Auswirkungen hatte, zunehmend ab. Deutlich wurde dies besonders in der Kritik Fricke an Stefan Doernbergs „Vorbemerkungen“ zum Handbuch „Die westdeutschen Parteien 1945-1965“.<sup>21</sup> Doernberg betrachte die Partei lediglich als *ein* Macht- und Herrschaftselement der Bourgeoisieherrschaft. Diese umfasse als Ensemble: (1) Herrschaft über die ökonomischen Ressourcen des Landes, (2) System der Verbände, (3) Staat mit seinen Einrichtungen, (4) Parteien, (5) Organisationen mit „politisch-operativen und propagandistischen Funktionen“ und (6) Publikationsorgane. Die Funktion der Partei sei eine doppelte: „Erste und Hauptfunktion der Parteien ist es, den führenden Monopolen die Massenbasis für ihre Machtausübung zu schaffen“ und durch ihre Führungsgruppen „an der Ausarbeitung und Durchsetzung der Politik der herrschenden Klassen wesentlich beteiligt“ zu sein. „Die Parteien sind Umschlagplätze der Macht. Von ihnen führt ein direkter Weg zur Regierung und ins Parlament.“<sup>22</sup> Hierzu Fricke: „Einwände gibt es besonders gegen bestimmte Teile der Einleitung, z. B. bestehen in bezug auf die Art der Darstellung und die Definition der allgemeinen Funktionen der Partei in Westdeutschland in mancher Beziehung andere Auffassungen. Zur Zeit findet hierüber ein Meinungsstreit statt.“<sup>23</sup>

Mit dem Zurückdrängen des Gegenwartbezuges in der Methodologie und der intensiveren Parteiengeschichtsforschung zu den einzelnen Zeitabschnitten der Neuzeit erreichten die wissenschaftlichen Erkenntnisse ein höheres Niveau. Die Durchsetzung der leninschen Parteidefinition und die intensivere Erforschung bürgerlicher Parteien und Interessenorganisationen von ihren Anfängen bis zur Gegenwart durch die Arbeitsgemeinschaft bildeten den Hintergrund der schon 1964 einsetzenden Liberalismuskritik.

---

wissenschaftliche Diskussion über Geschichtsforschung und Geschichtsstudium und führte mit zur 3. Hochschulreform.

21 Siehe Stefan Doernberg: Vorbemerkungen zu: Die westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1966, hierzu die Rezension von D. Fricke in: ZfG, 1968, H. 8, S.1066.

22 Doernberg, Vorbemerkungen, S.13f.

23 Fricke, Rezension, S.1066.

## 2. Die Liberalismuskonversation und die Debatte über den „fiktiven Charakter des Liberalismus“

Die Liberalismuskonversation fand in den Jahren 1964 bis 1969 statt. Es ging um die marxistische Charakterisierung des Liberalismus, seines Wesens und seiner Funktion sowie seiner Wandlung vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart der Sechzigerjahre. Drei Problemkomplexe standen im Mittelpunkt: a) Liberalismusbewegung – Arbeiterbewegung, b) Liberalismus – Demokratie und c) Liberalismus – Imperialismus.

Den Beginn der Liberalismuskonversation im Jahre 1964 anzusetzen ist darin begründet, dass auf der Methodologiekonferenz der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerliche Parteien“ im November 1964 Ludwig Elm (\*1934) seine These vom fiktiven Charakter des Liberalismus entwickelte. In der Plenumsdiskussion zum zweiten Problemkreis „Die Wechselwirkung zwischen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen und der Parteipolitik“ vertrat Elm die Ansicht, dass mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus der historische Wendepunkt in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien in Deutschland eintrat, der sich auch parteigeschichtlich nachweisen lasse, denn „die Wende liegt dort, wo die Arbeiterklasse in den Mittelpunkt des geschichtlichen Geschehens tritt, die innerlich zerfallene Bourgeoisie aus dieser von ihr innegehabten Stellung verdrängt und neue geschichtliche und politische Maßstäbe setzt“.<sup>24</sup>

Die zu Beginn der Tagung geführte Plenumsdiskussion verfolgte das Ziel, Thesen mit Leitlinienfunktion zu erstellen. Dabei wurde Elms These zum Liberalismus nicht übernommen. Deshalb versuchte er, sie in dem Arbeitskreis, der die Periode der bürgerlichen Parteien von 1866/71 bis zur Jahrhundertwende behandelte, durchzusetzen: „Anknüpfend an die Diskussion im Plenum über den Liberalismus versuchte Elm eine genaue Wesensbestimmung des Liberalismus zu geben. Seine These, daß der Übergang zum Imperialismus sich auch auf das Wesen des Liberalismus auswirkte, wurde allgemein anerkannt, doch bemerkte Joachim Petzold (Berlin), daß dem Liberalismus nicht nur für die Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus historische Existenzmöglichkeiten eingeräumt werden dürfen.“<sup>25</sup> Während 1964 Elms These über den Liberalismus noch auf Widerstand stieß, wurden Herbert Bertschs Ausführungen zum Liberalismus in der Plenumsdiskussion zum Problemkreis vier „Die Wandlung des Liberalismus und die Differenzierung in den bürgerlichen Parteien“ akzeptiert.

---

24 Zit. nach: Becker u.a., Konferenz, S.297.

25 Ebenda, S.301.

Bertsch warf die Frage auf, „ob nicht die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Zeit und die sich verschärfenden Widersprüche in Westdeutschland unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Möglichkeit einer neuerlichen Wandlung des Liberalismus mit sich bringen“. Obgleich auch er die historische Überlebtheit und die Nichtidentität des frühen Liberalismus mit dem der Nachkriegszeit nach 1945 anerkannte und betonte, glaubte er dennoch, dass die progressiven Kräfte des westdeutschen Bürgertums „aus bestimmten positiven Elementen des deutschen Liberalismus, besonders dem Humanismus, Lehren ziehen“<sup>26</sup> könnten. Damit wurde Aspekten der liberalen Ideologie eine größere Allgemeingültigkeit, die weit über den Grad ihrer historisch-sozialen Abhängigkeit hinausreicht, zuerkannt.

Der Beharrungseffekt einer Ideologie, hier die des Liberalismus, und die Behauptung, dass eine politische Erscheinung im öffentlichen Leben der BRD noch als Liberalismus bezeichnet werden dürfe, ja, dass der Liberalismus die Möglichkeit der Wandlung und Anpassung an wesentliche Strukturveränderungen des Kapitalismus impliziere, bildeten den Kern der Auseinandersetzungen zwischen Bertsch und Elm. Dies wurde auch Thema der am 19. September 1966 in Jena stattfindenden Tagung „Probleme des Liberalismus“;<sup>27</sup> zu der das Historische Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingeladen hatte. Zur Diskussion standen Thesen zum Liberalismus von 1866 bis 1933 von Siegfried Schmidt und Herbert Schwab sowie ein Artikel von Ludwig Elm<sup>28</sup> (alle Jena). In diesem Aufsatz legte Elm die Auffassung vom fiktiven Charakter des Liberalismus im Imperialismus dar und machte eine Reihe kritischer Anmerkungen zum 1965 erschienenen Buch von Bertsch „Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789-1963)“.<sup>29</sup>

Die Charakterisierung des Liberalismus durch Elm beinhaltete folgende konstitutive Elemente: (1) Geschichtliche Prozesse und Ideen sollten öko-

---

26 Zit. nach: ebenda, S.298.

27 Siehe Manfred Weißbecker: Probleme des Liberalismus. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, in: ZfG, 1967, H. 1, S.81-83.

28 Die angeführten Diskussionsartikel finden sich in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, Nr. 17 (Juli 1966), S.2-34.

29 Siehe Ludwig Elm: Eine marxistische „Tragödie des Liberalismus?“ Kritische Bemerkungen zur Liberalismus-Konzeption von H. Bertsch, in: Mitteilungsblatt, Nr. 15/16 (April 1966), S.3-32; sowie ders.: Liberalismus und Imperialismus. Zur geschichtlichen Einschätzung der „Krise des Liberalismus“ in Deutschland, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller Universität Jena, Geschichts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, H. 2, S.247ff.

nomisch determiniert werden, (2) daraus folge die dem Materialismus entsprechende Auffassung des Liberalismus als historische und soziale Bewegung der Bourgeoisie und deren Ausdruck als Ideologie und (3) der historischen, sozialen und ideologischen Gebundenheit des Liberalismus an die Bourgeoisie entspreche seine zwiespältige Natur, gekennzeichnet in der dialektischen Einheit von Konservativismus und Fortschrittlichkeit.

Diese Charakteristika besitze der Liberalismus deshalb, weil die Klasse der Bourgeoisie und ihre Herrschaft lediglich eine (wenn auch notwendige) Stufe in der – sich nach marxistischer Auffassung durch antagonistische Klassen konstituierenden – Geschichtsentwicklung bildeten. Die Bourgeoisie herrsche über die Geschichtsentwicklung nicht selbst aufheben, da sie als notwendiges Konstituens der Institution des Privateigentums bedürfe. Dadurch wiederum produziere sie eine Klasse, mit deren Herrschaft nicht nur der Geschichtsprozess weitergetrieben, d.h. auch die Bourgeoisie abgelöst, sondern diese auch aufgehoben würde. Somit impliziere die Bourgeoisie herrschaft sowohl ein fortschrittliches als auch ein reaktionäres Element. Das fortschrittliche Moment bestehe darin, dass die Bourgeoisie die Feudalherrschaft ablöst und aufhebt und dabei Forderungen stellt, die nicht nur zur Errichtung ihrer eigenen Herrschaft notwendig seien, sondern auch die potenzielle Befreiung anderer Klassen und Schichten einbezüge. Solche allgemeinen Forderungen seien Demokratie, Freiheit und Gleichheit, die auch die Bauern erhoben hatten, um sich vom Feudalismus zu befreien. Doch mit der eigenen Übernahme der Herrschaft schränke die Bourgeoisie die mit Demokratie, Freiheit und Gleichheit verbundenen formellen Rechte materiell wieder ein. Diese Implikationen führten Elm zu folgender Definition des Liberalismus: „Der Liberalismus ist als soziale und historische Bewegung der Bourgeoisie Produkt, Ausdruck und Agens einer bestimmten historischen Epoche, im wesentlichen des vormonopolistischen Kapitalismus, die von der bürgerlichen Aufklärung, der antifeudalen und antiabsolutistischen bürgerlichen Bewegung und Revolution des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang des Kapitalismus in den Imperialismus und den Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus reicht. Als typisch-ideologische Äußerung der ökonomischen Natur des vormonopolistischen Kapitalismus umspannt und repräsentiert er die Summe und Vielfalt jener weltanschaulichen, ökonomischen, sozialen, rechtlichen, politischen und moralischen Ideen und Leitsätze und der sie tragenden Bewegungen, Organisationen, Institutionen und Schulen, in denen sowohl das bürgerlich antifeudale Streben nach ökonomischer und politischer Freiheit als auch die in der Klassenlage der Bourgeoisie wurzelnde Zwiespältigkeit und Inkonsequenz im Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ihren Ausdruck

finden.<sup>30</sup> Aus der engen ökonomischen Verknüpfung mit dem vormonopolistischen Kapitalismus folge, dass nach dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium dem Liberalismus seine ökonomischen Wurzeln entzogen würden. Er bestehe nun losgelöst von ökonomischen Interessen als Ideologie und trete folglich mit fiktivem Charakter auf: „Der Liberalismus als historische und soziale Bewegung endet in der Geschichte des Kapitalismus notwendig dort, wo die Bourgeoisie objektiv und subjektiv dieser führenden geschichtlich progressiven Potenz und Rolle verlustig ging. Das ist ein widerspruchsvoller, sich in verschiedenen Phasen vollziehender Prozeß. Seine letzten vereinzelt Ausläufer reichen in die Frühzeit des Imperialismus und den Beginn unserer Epoche.“<sup>31</sup>

Die Bestimmungsmerkmale des Zeitpunktes, zu dem der Liberalismus fiktiven Charakter annimmt, seien: a) die Ausbildung von Widersprüchen innerhalb der Bourgeoisie, die sich aus den ökonomischen Strukturwandlungen, der Erhöhung der Zahl der Unternehmen, des Handels und Verkehrs sowie deren Konzentrations- und Differenzierungsprozess ergeben, b) die Erhöhung der Rolle des ökonomischen und politischen Gewichts des Bankkapitals und der Monopolisierungstendenzen in der Industrie, c) die Vertiefung des nichtantagonistischen Widerspruches Bourgeoisie-Kleinbürgertum und das quantitative Anwachsen der Arbeiterklasse, damit einhergehend des antagonistischen Widerspruches Bourgeoisie-Arbeiterklasse. Dieser Differenzierungsprozess in der ökonomischen und sozialen Basis des Liberalismus wirke sich auch auf die Politik der liberalen Parteien aus.<sup>32</sup>

Die Kriterien, an denen sich die Politik der liberalen Parteien zu messen hätte und die gleichzeitig ihren Niedergang veranschaulichen sollten, bildeten: (1) die Haltung der liberalen Parteien zur Arbeiterbewegung, deren historische Einschätzung, das Verhalten im Wahlkampf (Mandatsunterstützung in Stichwahlen), Wählerpotenzial aus der Arbeiterklasse, (2)

---

30 Ders.: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918, in: Schriften des Instituts für Geschichte. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 32, Berlin 1968, S. 269

31 Ebenda, S.270f.

32 Elm kennzeichnete nur die in der Literatur als linksliberal bezeichneten Parteien als liberal, nämlich: die Freisinnige Volkspartei (1893-1910), die Freisinnige Vereinigung (1893-1910), die Deutsche Volkspartei (1868-1910) und den Nationalsozialen Verein (1908-1918). Bei der Aufhebung der geschichtlichen und klassenmäßigen Grundlagen des Liberalismus stütze er sich auf Untersuchungen von DDR-Wirtschaftswissenschaftlern wie: Naumann, Theorie, S.40, 48, 52ff.; Herbert Meißner (Hrsg.): Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus. Ideologie und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie, Berlin 1967, Kap. 2: Der westdeutsche Neoliberalismus von Werner Krause.

die Stellung der Liberalen zur Expansions-, Rüstungs- und Wirtschaftspolitik der bürgerlichen und junkerlichen herrschenden Kreise, wobei besonders die Kolonialpolitik, die Flottenpolitik (1897-1900), die Zolltarifkämpfe (1900-1912) und das Verhältnis zur Frage der Demokratie berücksichtigt werden sollten, und 3) die Ausbildung des Revisionismus und dessen Übernahme als Teil der liberalen Ideologie.<sup>33</sup>

Als Ergebnis konstatierte Elm, dass ab 1871 der Zersetzungsprozess des Liberalismus einsetzte, der mit der Krise des Kapitalismus, dem Beginn des Ersten Weltkrieges, der Revolution in Russland 1917 und der deutschen Revolution 1918/19 seinen Abschluss fand. Deutlich würde die politische Perspektivlosigkeit des Liberalismus in der Beteiligung der Liberalen an der Blockpolitik (1906-1909) sowie in ihrer Parteidifferenzierung und -auflösung: 1893 Aufspaltung der Freisinnigen Partei in Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung, 1896 Bildung des Nationalsozialen Vereins und dessen Auflösung 1903, 1908 Bildung der Demokratischen Vereinigung, 1910 Fusion von Freisinniger Volkspartei und Freisinniger Vereinigung zur Fortschrittlichen Volkspartei und deren Selbstauflösung 1918. Das Auftreten liberaler Parteien und deren programmatische Forderungen hätten in der Folgezeit nur noch fiktiven Charakter besessen.

Mit der These vom „fiktiven Charakter des Liberalismus“ konnte sich Elm 1966 noch nicht durchsetzen.

Blickt man auf die Historiker, die Gegenpositionen zu Elm einnahmen, lässt sich feststellen, dass deren spezifisches Forschungsfeld im Komplex bürgerlicher Parteien und Organisationen nicht den Zeitraum 1866/71 bis 1918/19 abdeckte. So bearbeiteten Herbert Schwab und Siegfried Schmidt die Zeit 1815 bis 1866/71, die gekennzeichnet war durch einen sich ausbildenden Kapitalismus in Deutschland, einen hohen Grad an Differenzierung politischer Gruppen und Organisationen und durch eine starke Abhängigkeit ideologischer Positionen vom westlichen Ausland sowohl in Fragen der Nationalökonomie als auch der Gesellschaftstheorie.<sup>34</sup> Ein anderer Widersacher von Elm, Herbert Bertsch, war auf die Nachkriegszeit nach 1945 spezialisiert und war bei seiner theoretischen Charakterisierung des Liberalismus sehr stark von politisch-taktischen Gesichtspunkten beeinflusst.<sup>35</sup> Elm kritisierte Bertsch scharf: Dieser betrachte die Nati-

---

33 Zum Revisionismus siehe Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*, 6. Kap., Darmstadt 1965.

34 Siehe Becker u.a., *Konferenz*, S.299, Weißbecker, *Probleme*, S.81f, Siegfried Schmidt: *Zur Frühgeschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland*, in: *ZfG*, 1965, H. 6, hier S.973f.

35 Herbert Bertsch: *Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789-1963)*, Berlin 1965, S.9

onalliberalen als Hauptgruppe des deutschen Liberalismus und fiel damit noch hinter progressive Vertreter bürgerlicher Historiker zurück: „Sigmund Neumann hat aus bürgerlicher Sicht die Herausbildung des Nationalliberalismus als Preisgabe des Liberalismus gewertet. Dagegen betrachten Ludwig Bergsträsser, F. C. Sell, Helga Grebing u. a. im Gefolge ihrer konservativ-antidemokratischen Liberalismus-Konzeption die Nationalliberalen als wesentliche, wenn nicht sogar hauptsächliche Fraktion der deutschen Liberalen der Wilhelminischen Ära. Dieser Auffassung hat sich Bertsch angeschlossen.“<sup>36</sup> Hinzu komme die Überbewertung des ideologischen Aspektes des Liberalismus und die Beeinflussung, die sich aus dem Praxisbezug der Forscher zum Liberalismus ergebe. Dies war auch bei Josef Seemann (Jena) erkennbar, der versuchte, „liberale Auffassungen“ der Liberal-Sozialistischen Partei Deutschland (LSPD) und der Jungdemokraten für den „Kampf um eine echte Alternativlösung in Westdeutschland“ wirksam zu machen.<sup>37</sup>

Nach marxistisch-leninistischer Vorstellung verfügten die Vertreter der Gegenposition zur These vom fiktiven Charakter des Liberalismus über zu geringe Kenntnisse des Marxismus-Leninismus und grenzten sich ungenügend von sozialdemokratischen und revisionistischen Forschungsansätzen ab. Dies wird besonders bei Schwab, der auf der Liberalismustagung Elms These am stärksten widersprach, deutlich, wenn er sagte: „Liberale Auffassungen existierten in verschiedenen Organisationen weiter und erlebten im Bereich der bürgerlichen Wirtschaftstheorie in veränderter Gestalt einen gewissen Aufschwung, als mit der Weltwirtschaftskrise eine neue Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingeleitet wurde. Die sozialökonomischen *Grundlagen* für das Weiterbestehen liberaler Auffassungen in Wirtschaft, Politik und Kulturpolitik sind in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, verschiedenen Gruppen der Mittelschichten und in der Intelligenz zu finden.“<sup>38</sup> Dabei hätte sich

---

(Definition) sowie Kap. II: Charakter und Tendenzen des deutschen Liberalismus bis 1933; siehe auch die Rezension von Bernhard Weißel in: ZfG, 1965, H. 1, hier S.1062f. Weißel kritisierte Bertsch in folgenden Punkten: a) besonders hinsichtlich der „Einordnung des Stoffes in die jeweilige konkret-historische Problematik der einzelnen Epochen“, b) wegen der ungenügenden ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlich-wissenschaftlichen Problemstellungen, c) für dessen Unsicherheit in der Interpretation und d) wegen der einseitigen Literaturlauswahl. Siehe auch: Elm, Fortschritt, S.263.

36 Elm, Fortschritt, S.274. Siehe dazu Bertsch, FDP, S.97, 100, 104f., 107; Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Neuauflage der Ausgabe von 1932: „Die politischen Parteien in Deutschland“, Stuttgart 1965, S.23; siehe auch: Rezension von Weißel, S.1064.

37 Weißbecker, Probleme, S.82.

38 Zit. nach: ebenda.

Schwab nach Meinung Ernst Engelbergs (Berlin) sogar auf Lenin stützen können, der 1919 darauf hingewiesen habe, „daß auch unter den Bedingungen des Imperialismus die sozialökonomische Basis für eine Fortexistenz und für ein teilweises Wiedererwachen liberaler Ideen vorhanden ist, da der Imperialismus nicht ohne den Kapitalismus der freien Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existieren kann“.<sup>39</sup>

Letztlich jedoch setzte sich Elms These vom „fiktiven Charakters des Liberalismus im Imperialismus“ durch. Das zeigte sich zuerst mit der Publizierung der Arbeiten von Seeber und von Elm selbst,<sup>40</sup> des weiteren in der Fortsetzung der Auseinandersetzung mit neueren wissenschaftlichen Publikationen in der BRD zu Parlamentarismus und bürgerlichen Parteien<sup>41</sup> sowie auf der Tagung zur Thematik der bürgerlichen Parteien im Imperialismus vom 9. und 10. Dezember 1968.<sup>42</sup> Das mündete in die offizielle Definition von „Liberalismus“ und „Linksliberalismus“ wie auch die Charakterisierung der FDP im „Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung“ (1969/70).<sup>43</sup>

### 3. Die gesellschaftspolitische Funktion der Liberalismuskussion in der DDR

Betrachtet man den Verlauf und das Ergebnis der Liberalismuskussion hinsichtlich der Funktion der Wissenschaft in der DDR, dann lassen sich gewisse Beziehungen zwischen der Diskussion und der Gesellschafts- und Wissenschaftspolitik der DDR aufzeigen.

Mit dem Beschluss des VI. Parteitagess der SED im Januar 1963 über den umfassenden Aufbau des Sozialismus trat die DDR in eine neue Phase ihrer staatlichen Entwicklung ein, die sich auch auf den Wissenschaftsbereich auswirkte. Diesem Beschluss war am 13. August 1961 mit dem

39 Zit. nach ebenda. Siehe dazu W. I. Lenin: VIII. Parteitag der KPR(B), 18.-23. März 1919. 3. Bericht über das Parteiprogramm, 19. März, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S.150-171.

40 Siehe Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland, Berlin 1965; Elm, Fortschritt.

41 Dieter Fricke: Neuere westdeutsche Literatur des Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1966, H. 7, S.1221-1233, 1967, H.1, S.144-153, 1968, H. 6, S.785-799, 1969, H. 11, S.1457-1470.

42 Siehe Harald Lange/J. Schellenor: Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Parteien in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus in Deutschland, in: ZfG, 1969, H. 6, S.765f.

43 Siehe die Stichworte: Liberalismus, Linksliberalismus und Freie Demokratische Partei, in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 (A-K), Berlin 1969, S.622, Bd. 2 (L-Z), Berlin 1970, S.33, 39f. Besonders das Stichwort „Linksliberalismus“ nimmt alle wesentlichen Kennzeichen von Elms Liberalismusdefinition auf.

Mauerbau die Schließung der offenen Grenze zu Westberlin vorausgegangen. Mit der weitgehenden Verhinderung offener „illegitimer“ außerstaatlicher Einflüsse war eine zeitweilige Erweiterung innenpolitischer Freiheiten verbunden. Hermann Weber kennzeichnete die Zeit von 1962 bis 1965 als „Liberalisierungsphase“, die er allerdings einseitig vom XXII. Parteitag der KPdSU, dem Beginn der sogenannten „Entstalinisierungsphase“, ableitete.<sup>44</sup>

In diese Zeit fiel auch verstärkte ideologische Arbeit der SED hinsichtlich der Parteien der Nationalen Front und deren Organisationen: „Durch ideologische Überzeugungskraft versuchte die SED-Führung auch aus den neutralisierten Schichten neue Anhänger zu gewinnen. Nach 1961 stellte sie dabei weniger ihre philosophischen Theorien in den Vordergrund, sie zog vielmehr die nationale Tradition und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Bewußtseinsbildung heran. Im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der DDR stand das im März 1962 von der Nationalen Front verabschiedete sogenannte ‚Nationale Dokument‘: ‚Die geschichtlichen Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands‘.“<sup>45</sup> Die Veröffentlichung dieses Dokuments habe eine „beispiellose Volksgespräch“ eingeleitet, an der etwa sieben Millionen Bürger teilnahmen.<sup>46</sup> In diesem Zusammenhang sollte auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit bürgerlichen Parteien gesehen werden, deren Beginn gerade in diese Zeit fiel.

Parallel mit dieser Entwicklung zeigte sich eine Änderung des Charakters der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD).<sup>47</sup> Das Ziel, den Mittelstand für das sozialistische System zu gewinnen, galt Mitte der 1960er-Jahre als erreicht: „Handwerker, Geschäftsleute und Gewerbetreibende waren jetzt direkt in die sozialistischen Produktionsverhältnisse einbezogen, bzw. in entscheidendem Maße dadurch mit ihnen verbunden, daß sie in einem sozialistischen Lande lebten und arbeiteten. Sie entwickelten sich zu sozialistischen Werktätigen. Die aus bürgerlichen

---

44 Hermann Weber: Von der SBZ zur DDR 1945-1968, Hannover 1968, S.159.

45 Ebenda, S.160; siehe auch Stefan Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, Berlin 1965, S.460.

46 Siehe Weber, Von der SBZ, S.161; Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands (Nationales Dokument, Beschluß des Nationalkongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vom 16. und 17. Juni 1962), in: Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, hrsg. und eingeleitet von Helmut Neef, Berlin 1969, S.200ff.

47 Sie anerkannte in der Auseinandersetzung um das Nationale Dokument die führende Rolle der Arbeiterklasse und näherte sich damit dem Standpunkt der SED an. Siehe hierzu Max Suhrbier: Die LDPD und das Dokument des Nationalrats, in: ZfG, 1962, H. 4, S.792-797; Zwanzig Jahre Liberaldemokratische Partei Deutschlands. Berlin 1965, S.220ff.

Kreisen stammenden Angehörigen der Intelligenz entwickelten sich gemeinsam mit der aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hervorgegangenen Intelligenz.<sup>48</sup>

Demgemäß wurde auch der Aufgabenbereich der LDPD erweitert. Die Partei sollte nun die aggressive Rolle der FDP aufdecken und demokratische Bewegungen in der BRD ideologisch und organisatorisch unterstützen: „Andererseits wurde es erforderlich, dem Differenzierungsprozeß in Westdeutschland zugunsten einer breiten Front gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und nachzuweisen, welche realen Möglichkeiten durch Übereinkommen zwischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten bestehen. Dadurch würden auch die humanistisch gesinnten Vertreter des westdeutschen Bürgertums um Frieden und Entspannung eine größere Wirksamkeit erhalten.“<sup>49</sup>

Der LDPD sollte also in stärkerem Maße ideologische und außenpolitische Aufgaben wahrnehmen. Dabei überschneidet sich ihre Tätigkeit mit der der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“, an der auch die Parteitheoretiker der LDPD mitarbeiteten und besonders Gewicht auf praxisnahe Ergebnisse legten.

Mitentscheidend für den Funktionswandel war auch, dass das Gewicht der Mittelschichten in der sozialökonomischen Struktur der Berufstätigen der DDR sowie der Anteil privater Betriebe an der Nettoproduktion der Volkswirtschaft stark zurückgingen.<sup>50</sup> Somit kann es auch nicht verwundern, dass mit den Wahlen vom 20. Oktober 1963 die Repräsentanz der Mittelschichten in der Volkskammer zugunsten der Massenorganisationen verringert wurde.<sup>51</sup>

Die hier rekonstruierte Liberalismuskussion hatte auch einen funktionalen Bezug zur Wissenschaftspolitik der DDR. Zur Zeit der Staatsgründung war universitäre Lehre recht heterogen: neben bürgerlichen Lehrmeinungen gab es Marxisten unterschiedlicher Ausrichtung. Um die Lehrmeinungen zu zentralisieren und zu kontrollieren, wurden von der SED-Führung zentrale Tagungen, Dozenten- und Aktivzirkel einberufen.<sup>52</sup>

48 Thesen zur Geschichte der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Schriften der LDPD, H. 1), Berlin 1965, S.108.  
49 Ebenda, S.118.

50 Siehe Statistisches Jahrbuch 1970 der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S.52, 39.

51 Siehe Weber, Von der SBZ, S.171; Statistisches Jahrbuch 1970, S.487.

52 Siehe Max Gustav Lange: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Wege zum „Stalinismus“ (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 5), Stuttgart-Düsseldorf 1955, S.11.

Die Geschichtswissenschaft als spezielle Disziplin der Gesellschaftswissenschaften hatte lange Zeit eine besondere Rolle inne und besaß einen gewissen Freiraum: „Zwar gab es Tagungen von SED-Dozenten, nicht aber rein wissenschaftliche Tagungen, an denen alle Vertreter eines bestimmten Faches teilnehmen konnten [...] Seit 1950 hat sich das allmählich geändert. Nun ist es SED-Dozenten bereits als Fehler angekreidet worden, daß sie es versäumt hatten, öffentlich mit anderen Gelehrten zu diskutieren. Die ‚theoretische Konferenz‘ der SED vom 23. bis 24. Juni 1951, die sich mit Stalins Linguistikbriefen beschäftigte, ist der Wendepunkt in der hier beschriebenen Entwicklung. Seitdem dringt die SED-Führung auf die Abhaltung wissenschaftlicher Konferenzen für die einzelnen Fächer.“<sup>53</sup>

Das Parteiprogramm der SED von 1963 rief alle Geschichtswissenschaftler auf, „tief in die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus einzudringen, sie theoretisch zu verallgemeinern und so zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung beizutragen.“<sup>54</sup> Diese Forderung stand in engem Zusammenhang mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS), das das Rentabilitätsprinzip als Grundlage der Volkswirtschaft übernahm und die volkseigenen (VEB-) Betriebe auch zu „profitorientierten sozialistischen Großkonzernen“ entwickeln sollte. Insofern wurde – so Ernst Richert als zeitgenössischer Beobachter – eine Wende vollzogen, die „die fraglos unerhört weitgehende Preisgabe traditioneller Dogmen einschließen und besondere ökonomische Forschungen fortan in dem Sinne freistellen muß, daß man nun nicht mehr von vornherein feststellen kann, was aus den Analysen herauskommt. Für diesen weitesten Bereich [...] ist damit ein sehr hohes Maß wissenschaftlicher Freiheit greifbar nahe.“<sup>55</sup>

In diesem Umfeld hatten auch die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“ und die Liberalismusdebatte in den 1960er-Jahren ihren Platz.

---

53 Ebenda, S.278.

54 Horst Bartel/Ernst Diehl/Ernst Engelberg: Die Geschichtswissenschaft der DDR 1960-1970, in: Forschungen 1960-1970, S.19-30, hier S.22.

55 Richert, Universität, S.225.